

## Die Gesundheits- und Familienpolitik der 1. und 2. Großen Koalition

### Quellen:

<http://bmfsfj.de/Kategorien/Ministerium/geschichte.html>; 28.01.2008, 14.00Uhr.

[http://www.familienhandbuch.de/cmain/f\\_Aktuelles/a\\_Elternschaft/s\\_112.html#Phasen](http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Aktuelles/a_Elternschaft/s_112.html#Phasen); 28.01.2008, 14.00Uhr.

[http://www.bpb.de/popup/popup\\_druckversion.html?guid=RUKM7V&page=0](http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=RUKM7V&page=0); 28.01.2008, 14.00Uhr.

<http://www.forum-gesundheitspolitik.de/meilensteine/meilensteine.pl?content=1954-1969>; 28.01.2008, 14.00Uhr.

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Ministerium/geschichte.html>; 28.01.2008, 14.00Uhr.

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/familie,did=104478.html>; 28.01.2008, 14.00Uhr.

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/familie,did=20172.html>; 28.01.2008, 14.00Uhr.

[http://www.die-gesundheitsreform.de/gesetze\\_meilensteine/gesetze/gesundheitsreform\\_2007/index.html](http://www.die-gesundheitsreform.de/gesetze_meilensteine/gesetze/gesundheitsreform_2007/index.html); 28.01.2008, 14.00Uhr.

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/ein-jahr-elterngeld,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdfV>

Hartmann, Anja, Gesundheitspolitik: Mehr Probleme als Lösungen? In: Sturm/Pehle, Wege aus der Krise? Opladen 2006.

Gerlach, Irene, Familienpolitik: Kampf der Kinderlosigkeit? In: Sturm/Pehle, Wege aus der Krise? Opladen 2006

Koalitionsvertrag von 2005

### **Gesundheitspolitik**

Ministerin: Käte Strobel (1966 – 1969)

#### **1968**

#### **Einführung des reinen Umlageverfahrens**

#### **1969**

#### **Fortzahlung des Arbeitsentgeltes bei Krankheit**

→ Gleichstellung zwischen Arbeitern und Angestellten

→ Ausgaben der gesetzlichen Krankenkasse sinken von 4,3 Mrd. DM auf 2,5 Mrd. DM

→ Senkung des Beitragssatzes von 8,45 % auf 8,12 %

#### **Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze und**

**Beitragsbemessungsgrenze** für Angestellte, um mehr Menschen in den Kreis der Zwangsversicherten einzubeziehen

#### **Einführung der „Krankenscheinprämie“**

→ jeder Versicherte erhält für das Quartal, in dem er weder einen Krankenschein eingelöst noch Krankenhauspflege in Anspruch genommen hatte eine Prämie von 10 DM (maximal 30 DM pro Jahr)

### **Familienpolitik**

Minister: Bruno Heck (1962 – 1968)  
Aenne Brauksiepe (1968 – 1969)

#### **Drei-Phasen-Modell**

1. Phase Frauen genießen bestmögliche Ausbildung und arbeiten bis zur Geburt des ersten Kindes
2. Phase ab der Geburt des ersten Kindes widmet sich die Frau ausschließlich der Kindeserziehung und –betreuung
3. Phase Frau steigt wieder in die Erwerbstätigkeit ein

## *Gesundheitspolitik - Vereinbarungen lt. Koalitionsvertrag*

### **Krankenversicherung**

- in 2006 gemeinsame Lösung aus „solidarischer Gesundheitsprämie“ (CDU) und „Bürgerversicherung“ (SPD) entwickeln
- fairer Wettbewerb zwischen PKV und GKV
- freie Arzt- und Kassenwahl bleibt bestehen
- GKV-Modernisierungsgesetz (GMG): Erweiterung der Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten, Intensivierung des Wettbewerbs, Erhöhung der Transparenz, Verminderung des bürokratischen Aufwand
- kassenartenübergreifende Fusionen
- stärkere wettbewerbliche Orientierung der Krankenvers.

### **ärztliche Versorgung**

- Beseitigung der Hindernisse bei Versorgungsengpässen v.a. in ländlichen Gegenden
- Fortentwicklung und Vereinfachung des ärztlichen Vergütungssystem

### **Krankenhausversorgung**

- Flexible Vertragsmöglichkeiten zur Überwindung der Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung

### **Besondere Versorgungsformen**

- Reduzierung des Verwaltungsaufwand bei Disease-Management-Programmen (DMP)
- Verbesserung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung speziell im letzten Lebensabschnitt
- Anpassung von Versorgungsstrukturen und –prozessen entsprechend den Bedürfnissen älterer Menschen (Reha vor Pflege, ambulant vor stationär)
- Gesamtkonzept Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger, behinderter und alter Menschen

### **Arzneimittelversorgung**

- Ausschluss von Naturalrabatten an Apotheker
- Preise für alle Arzneimittel für 2 Jahre nicht erhöht
- Stärkung der individuellen Verantwortung des Arztes für seine Verordnungspraxis
- Risikoerkennung und –bewertung von Arzneimitteln

### **Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte**

## *Gesundheitspolitik – Realisierte Reformen*

### **1. Einführung einer Krankenversicherung für alle**

- Pflichtversicherung für alle Bürger wird zum 01.01.2009 eingeführt

### **2. Reform der Versorgungsstrukturen und der Kassenorganisation**

- Krankenhäuser dürfen ambulant behandeln
- palliativmedizinische Versorgung wird verbessert
- Rechtsanspruch auf Reha-Maßnahmen
- Rechtsanspruch auf häusliche Pflege
- Impfungen und Kuren werden Pflichtleistungen
- Kosten- Nutzen-Bewertung bei Arzneimitteln
- Rabattverträge aushandelbar
- Eigenverantwortung der Patienten belohnen
- Angebote und Tarife individuell an den Bedürfnissen der Patienten ausrichten
- nur noch ein einheitlicher Spitzenverband der Krankenkassen
- alle Kassen dürfen fusionieren
- Abbau von Bürokratie

### **3. Reform der Finanzierungsordnung**

- Einführung des Gesundheitsfonds
- einheitlicher Beitragssatz für alle Beitragszahler
- Einführung eines neuen Risikostrukturausgleichs
- Einführung der Konvergenzklausel

- Kassen ziehen die Beiträge nicht mehr für sich, sondern für den Gesundheitsfonds ein
- Wechselmöglichkeit bei zusätzlicher Beitragserhebung
- Hausarzttarife, Selbstbehalt- und Kostenerstattungstarife müssen angeboten werden
- Vergütungssystem für Ärzte mit festen Euro/ Cent – Angaben
- Morbiditätsrisiko geht von den Ärzten auf die Krankenkassen über

### **4. Reform der privaten Krankenversicherung**

- Basistarif zu GKV-analogen Versicherungsbedingungen
- Basistarif für freiwillig in der GKV Versicherte (damit Wechsel in die PKV)
- Basistarif für PKV- „Kunden“
- vollständige Übertragung von Altersrückstellungen innerhalb eines Unternehmens
- Übertragung von Altersrückstellungen bei Wechsel in Höhe des Basistarifs
- Absicherung der Hilfebedürftigkeit

### **5. Aktuelle Änderungen 2008**

- neue Chroniker-Regelung/ andere Selbsthilfeförderung
- neue Rechengrößen in der GKV und der Pflegevers.
- Einheitlicher Bewertungsmaßstab (EBM)

*Familienpolitik - Vereinbarungen lt. Koalitionsvertrag*

**mehr Kinder in Familien, mehr Familien in Gesellschaft - Familien sind Leistungsträger der Gesellschaft**

**1. Finanzielle Förderung**

- Elterngeld unmittelbar nach der Geburt
- Weiterentwicklung des Kinderzuschlags ab 2006

**2. Ausbau der Kinderbetreuung**

- Tagesbetreuungsausbaugesetz
- Ausbau für Kinder unter 3 Jahren
- bis 2010 230000 zusätzliche Betreuungsplätze schaffen
- frühe Förderung, echte Chancengleichheit
- Realisierung von vorgesehener bzw. teilweise bereits umgesetzter Gebührenbefreiung der Eltern im letzten KIGA-Jahr bundesweit

**3. Kindschaftsrecht**

- Verbesserung des gemeinsamen Sorgerechts und Umgangsrechts zum Wohle der Kinder
- Anhörung von den Kindern
- Verkürzung gerichtlicher Verfahren

**4. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen**

- Ausbau betrieblicher und betrieblich organisierter Kinderbetreuung
- Abbau bestehender bürokratischer Hindernisse
- Initiative „Lokale Bündnisse“ in Kommunen
- Erhaltung Teilzeitanpruch nach Teilzeit- und Befristungsgesetz
- Anspruch auf 3jährige Elternzeit

**5. Mehrgenerationenhäuser**

- Stärkung des Zusammenhalts von Generationen
- Novellierung des Heimgesetzes: Entbürokratisierung, Zusammenarbeit, neue Wohn- und Betreuungsangebote
- Stärkung häuslicher Pflege
- Initiative „Erfahrung ist Zukunft“

*Familienpolitik - Realisierte Reformen*

- Einführung des Elterngeldes und der Partnermonate
- unbefristeter Kinderzuschlag
- mehr Bundesmittel für den Ausbau der Kleinkindbetreuung
- Vereinheitlichung der Leistungen gem. Unterhaltsvorschussgesetz
- Reform der Unterhaltsrechts
- BAFöG- Reform

- neue Kinderzulage innerhalb der privaten und betrieblichen Altersvorsorge eingeführt
- persönliches Budget für behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen eingeführt
- „Lokale Bündnisse für Familie“ weiter ausgebaut
- „Bündnis für Erziehung“ realisiert
- Mehrgenerationenhäuser entstanden